

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 15 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 15. April 1917 3-fach wöchentlich 60 Pfg. die einspaltige Beilage. 31. Jahrg.
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr. (Kreuzpost: Nr. 174.) Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Aktien- und Leberindustrie. — Gewerkschaften in der Schuhindustrie. — Gewerkschaften in der Leberindustrie. — Sozialpolitik im Reichstage. — Bericht der 28. Sitzung der Schlichtungskommission für den Berliner Gewerkschaftsverband. — Vom Kriegsdienst. — Aus unserem Verband. — Literarisches.

andauernder starker Beschäftigung der Schuhindustrie für den Monat Januar berichtet, wobei es sich um 56 757 Arbeiter in der Schuhindustrie, deren Zahl geringer ist als in den früheren Monaten, während die Lohnsumme gegenüber dem Januar 1916 um 7 Prozent größer war. In Holland ist infolge der Preisrückgänge für Schuhwaren die Beschäftigung der Schuhindustrie zurückgegangen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist im Januar die Zahl der Arbeiter der Schuhindustrie um 3,9 Prozent gestiegen, die Lohnsumme um 14,7 Prozent. Im Staate Massachusetts berichteten 86 „Fachverbände“ mit 37 401 Mitgliedern, wovon 4,7 Prozent arbeitslos gewesen sein sollen gegen 3,4 Prozent Ende Juni 1916 und 5,5 Prozent Ende September 1915.

abgebrühter und unverfroren geworden; aber viele Aktienunternehmungen betreiben planmäßig Bilanzverschönerungen, um einmal eine die Arbeiter allzusehr aufreizende und begehrt machende Dividendenhöhe zu vermeiden und sodann, um mit weniger Steuern wegzukommen. Wir wollen damit nicht sagen, daß gerade die vorstehenden Aktien- und Leberfabriken diese Praktiken üben, wir können aber auch nicht ohne weiteres das Gegenteil nachweisen. Das gilt auch von den 20 Aktienleberfabriken, die mit fast 48 Millionen Mark arbeiten und die allerdings noch ganz andere Märgengewinne erzielen als die Schuhfabriken. Wie wenig darüber die obige Zusammenfassung ein zutreffendes und erschöpfendes Bild gibt, beweist allein die Tatsache, daß die Leberfabrik in Pirna, die 1915/16 über 6000 Prozent mehr Gewinn machte als 1913/14. Für diese Kapitalisten ist der Krieg ein außerordentlich glücklicher und man kann begreifen, wenn sie für den „frischfröhlichen Krieg“ schwärmen. Wenn das aber auch der Proletariat tut, dann muß man schon fragen, ob es noch geistig normal ist. Auf jeden Fall beweisen die vorstehenden ungenügenden Angaben, wie viele Millionen Mark an Löhnerhöhungen und Steuererlässen die Arbeiter der Schuh- und Leberindustrie hätten herausholen können, wenn sie auf der ganzen Linie gut organisiert gewesen wären.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ verzeichneten im Monat Februar die berichtertenden Arbeitsnachweise die Schuhindustrie 696 (Januar 627) Arbeitssuchende, 1 (1430) offene und 481 (414) besetzte Stellen. Alle drei Zahlen weisen eine Zunahme auf gegenüber dem Januar und von den offenen Stellen konnte nur ein schwaches Mittel besetzt werden. Auf 100 offene Stellen kamen 44 Arbeitssuchende gegen 43,8 im Januar. Von den 16 255 männlichen und 6202 weiblichen Mitgliedern unseres Verbandes waren im Berichtsmonat 359 (78 männliche und weibliche) am Orte arbeitslos und 1 männliches auf Reise, somit zusammen 360 ohne Arbeit, etwas mehr als die Zahl der besten Stellen hinaus ohne Arbeit geblieben waren. Bemerkenswert ist wiederum der steigende Anteil der weiblichen Mitglieder an der arbeitslosen Zahl, der 4,5 Prozent aller Verbandmitglieder machte gegen nur 0,8 Prozent der männlichen Mitglieder. Alle Arbeitslosen zusammen machten 2,2 Prozent gegen 6,8 Prozent im Januar und 1,9 Prozent im Januar 1916. Von den sämtlichen 813 584 Gewerkschaftsmitgliedern waren 1,6 Prozent arbeitslos gegen 1,7 Prozent im Januar und 2,8 Prozent im Februar 1916. In der Spitze mit 10,2 Prozent und 10,4 Prozent arbeitslos für Arbeiter und Arbeiterinnen mit 8 Prozent, die Leberarbeiter 7,2 Prozent; die meisten Verbände hatten nur 1 Prozent und darunter, aber gänzlich ohne arbeitslose Mitglieder war kein Verband.

Aktiengesellschaften in der deutschen Schuh- und Leberindustrie.

Die „Frankf. Ztg.“ hat eine Zusammenstellung der Aktienunternehmungen der Schuh- und Leberindustrie veröffentlicht, die folgendes Bild bietet:

Gesellschaft	Kapital in 1000 Mk.	Reingewinn ohne Vortrag (in 1000 Mk.)			Dividenden in Prozent		
		1913	1914	1915	1913	1914	1915
Schuhfabriken.							
Schuhf. Herz, Frankfurt	2	114	174	167	5	5	5
Schuhf. Ringel, Erfurt	6	261	678	797	4	10	12
Weiermann, Burgludlf.	0,50	34	106	159	5	10	—
Erfurter mech. Schuhfab.	1,20	60	111	51	0	0	0
Hohenzoll. Schuhf. Fnd.	1,10	1	84	—	0	0	—
Wessels Schuhf. Augsburg	2	351	775	700	10	18	18
Schuhf. Bek. Erfurt	4,50	702	883	—	10	12	—
Leander, Crienbach	1	51	87	99	4	5	8
Frank. Schuhf. Nürnberg	4	517	741	1262	7	7	15
Konrad Rad, Berlin	6	808	755	1683	10	12	20
Schuhf. Wang, Bamberg	0,50	31	42	73	4	4	8
Zusammen	28,80	2940	4168	5051	7	9	13
Leberfabriken.							
Knoch, Hirschberg	4	730	1180	8569	10	12	30
Epir, Widrach	2	365	835	1335	11	15	28
Nothe, Kreuznach	2,50	242	54	344	7 1/2	2	9
Epicharz, Offenbach	1,50	106	538	970	6	12	25
Fahr, Pirna	5	329	724	2024	0	5	20
Machener Leberfabrik	1,50	135	263	536	7	10	20
Geller Lederwerke	1,30	213	241	1781	6	10	20
Kreuzf. Runkelberg	3	566	607	417	10	10	10
Militärflechten Thiele	0,68	104	288	829	8	18	30
Wandbeter Lederfabrik	2	171	250	1250	6	10	55
Hilkenbacher Lederfabr.	1,75	117	0	279	0	0	10
Biermann, Hamburg	2	303	641	1936	17	20	30
Treib, Scholz, Hamburg	2	228	316	416	200	180	220
Ed. Lederm., Karlsruhe	1	418	403	200	0	10	10
Böler & Cyprianer	1	513	34	84	5	5	3
Lederwerke St. Julien	0,82	1555	5205	5172	10	20	20
Lederfabrik, München	1	147	1519	503	4	30	30
A. G. Lederfabrik, Berlin	0,60	77	191	194	5	10	16
Köster z. B. Neumünster	2	202	200	220	6	6	7
Zusammen	47,05	6331	13715	21243	6	12	19

Die Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie gestaltete sich in größeren deutschen Bundesstaaten so:

	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Preußen	325 (279)	720 (612)	215 (187)
Bayern	113 (114)	210 (249)	71 (74)
Sachsen	34 (17)	53 (41)	21 (9)
Württemberg	53 (39)	197 (191)	40 (25)
Baden	56 (62)	109 (135)	38 (45)
Hessen	26 (20)	43 (30)	19 (8)
Niederrhein	36 (42)	85 (73)	36 (42)
Südwestfalen	22 (18)	31 (27)	8 (9)

In allen acht Staaten gab es wiederum mehr offene als Arbeitsuchende, in Württemberg fast viermal und überall verblieben sowohl unbefetzte Stellen als arbeitslos.

In den Berichten der Industrie heißt es über die Schuhindustrie: „Die Schuh- und Stiefelfabriken verzeichnen der Mehrzahl der Berichte angeht der starken Frage keine Veränderung des Geschäftsganges; die wird vielfach als gut und sehr gut geschildert, einige wenige Berichte stellen eine Verschlechterung

in den Einzelberichten der Arbeitsnachweise wird aus dem empfindlichen Mangel an Schuhmachern fest. Mehrfach wird in einem Gange die starke Nachfrage nach Sattlern und Schuhmachern bes. in den Berichten aus München und Hessen, wobei es um den Bedarf der Heeresverwaltung handelt. Dem Gegenfuss dazu wird auf England über „ruhigen Märkte in der Sattlerei und Schuhmacherei neben

Belanntmachung

betreffend die Veröffentlichung des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie. Die Veröffentlichungen des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie finden im Deutschen Reichs- und Königl. Preuss. Staatsanzeiger statt. Berlin W 66, den 28. März 1917. Ueberw. 123a.

Ueberwachungsausschuss der Schuhindustrie.

Belanntmachung

betreffend die Ernennung von Beauftragten des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie. Auf Grund des § 36 der Satzungen für die auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 256) errichteten Gesellschaften sind als Beauftragte des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie für die einzelnen Gesellschaften folgende Personen bestellt worden:

1. Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft Berlin Herr Leo Dorinik, in Firma Emil Pinner Nachf., Berlin SO 16, Köpenicker Straße 127.
2. Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft Breslau Herr Hans Woblaue in Firma W. Woblaue in Breslau.
3. Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft Dresden Herr Konrad Richard Hammer, in Firma Ed. Hammer G. m. b. H., Dresden.
4. Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft Burg bei Magdeburg Herr Stadtrat Alfred Zweig, in Firma Conrad Lad & Cie. A.-G., Schuhfabrik Burg bei Magdeburg.
5. Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft Erfurt Herr Georg Beck, in Firma W. und L. Beck Schuhfabrik A.-G., Erfurt.

Für die Schuhwarenherstellung- und Vertriebs-

gesellschaft Nürnberg
Herr Louis Berner, in Firma Verein. Fränk. Schuh-

fabriken A. G. Nürnberg.

Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebs-

gesellschaft Stuttgart
Herr Max Vogt, in Firma J. Sigle & Co. A. G.,

Kornwestheim bei Stuttgart.

Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebs-

gesellschaft für Elßaß-Lothringen und die Pfalz in

Pirmasens
Herr Bürgermeister Carl Götz, in Firma Gebr. Götz,

Waldbühbach (Pfalz).

Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebs-

gesellschaft Pirmasens
Herr Fritz Vinn, in Firma Kaiser & Cie., Pirmasens.

Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebs-

gesellschaft Offenbach a. M.
Herr Phil. Herz-Mills, in Firma Schuhfabrik Berg

A. G., Frankfurt a. M.

Für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebs-

gesellschaft Köln a. Rh.
Herr Ernst Pöhlig, in Firma Ernst Pöhlig & Co. in

Köln-Nippes.

Berlin W 66, den 28. März 1917.

Verw. d. R. 123a.

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Der Vorsitzende.

Wallerstein.

Anmerkung. Durch Bekanntmachung des Reichs-

kanzlers über örtlichen Bereich und Sitz der Herstellungs-

und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom

24. März 1917 ist für die nachstehend bezeichneten Gebiete-

teile je eine Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft errichtet

worden:

1. Königreich Preußen: Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Stadtkreis Berlin, Provinzen Pommern, Polen und Schleswig-Holstein, Großherzogtümer Oldenburg, mit Ausnahme des Fürstentums Birkenfeld, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, freie und Hansestadt Lübeck, freie Hansestadt Bremen, freie und Hansestadt Hamburg mit dem Sitz in Berlin;
2. Königreich Preußen: Provinz Schlesien mit dem Sitz in Breslau;
3. Königreich Sachsen mit dem Sitz in Dresden;
4. Königreich Preußen: Provinz Sachsen (außer Stadt- und Landkreis Erfurt), Herzogtum Anhalt mit dem Sitz in Ansb. bei Magdeburg;
5. Königreich Preußen: Stadt- und Landkreis Erfurt, Großherzogtum Sachsen, Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Neuh. älterer Linie, Neuh. jüngerer Linie mit dem Sitz in Erfurt;
6. Königreich Bayern: rechtsrheinisches Gebiet mit dem Sitz in Nürnberg;
7. Königreich Preußen: Hohenzollernsche Lande, Königreich Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart;
8. Königreich Bayern: linksrheinisches Gebiet (Pfalz) mit Ausnahme der Stadt Pirmasens, Elßaß-Lothringen mit dem Sitz in Pirmasens;
9. Königreich Bayern: Stadt Pirmasens mit dem Sitz in Pirmasens;
10. Königreich Preußen: Provinz Hessen-Nassau, Großherzogtümer Baden und Württemberg mit dem Sitz in Offenbach a. M.;
11. Königreich Preußen: Provinzen Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Großherzogtum Oldenburg, Fürstentum Birkenfeld, Herzogtum Braunschweig, Fürstentümer Waldeck und Pyrmont, Schaumburg-Lippe, Lippe mit dem Sitz in Köln a. Rh.

Bekanntmachung betreffend Anmeldung von Vertretern von Schuhwaren.

Auf Grund des Artikels III § 1 der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 236) wird bestimmt:

§ 1.

Anmeldepflicht.

Vertreter von Schuhwaren jeder Art haben dem in der Bekanntmachung des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie betr. Benennung von Beauftragten des Ueberwachungsausschusses vom 27. März 1917 näher bezeichneten Beauftragten des Ueberwachungsausschusses für die Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft, in deren Bezirk sich der Sitz des Gewerbebetriebes des Meldepflichtigen befindet, bis zum 10. April 1917 schriftlich mitzuteilen:

- a) den Sitz ihres Gewerbebetriebes,
- b) den Beginn ihres Gewerbebetriebes,
- c) die Firma und den Namen des Inhabers des Gewerbebetriebes.

Vertreter von Schuhwaren, welche bereits vor dem 1. August 1914 Schuhwaren hergestellt haben, haben gleichzeitig schriftlich mitzuteilen,

- a) den Umfang, den sie in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 erzielt haben,
- b) Betriebe, welche bis zum 1. August 1914 nicht ein volles Jahr bestanden haben, haben den Zeitraum anzugeben, in welchem der Umsatz erzielt worden ist.

Umfang im Sinne dieser Bestimmung ist der durchschnittlich nachzuweisende Warenumfang in Schuhwaren, welche in eigenen Betrieben hergestellt worden sind (Warenrabatte und Warenrücksendungen sind abzugeben).

Schuhwaren im Sinne dieser Bekanntmachung sind nicht Schäfte sowie Holzschuhe, die ganz aus Holz oder aus Holz in Verbindung mit einer Spange von höchstens 2 cm Breite oder einem Rißen hergestellt sind.

§ 2.

Ausnahmen.

Ausgenommen von der Verpflichtung des § 1 sind 1. die Betriebe der Seereverwaltungen und Marineverwaltung, 2. Betriebe, in denen Schuhwaren nur handwerksmäßig hergestellt werden.

Berlin W 66, den 28. März 1917.

Verw. d. R. 123a.

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Der Vorsitzende.

Wallerstein.

Anmerkung 1. Wer die vorstehend angeordneten Meldungen innerhalb der gestetzten Frist nicht erstattet, oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, ist nach Artikel III § 3 Ziffer 1 der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 strafbar.

Die angeordnete Strafe ist Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 15 000 Mk. oder eine dieser Strafen.

Anmerkung 2. Formulare für die Anmeldung können bei dem Beauftragten des Ueberwachungsausschusses, bei dem die Anmeldung zu erfolgen hat, in Empfang genommen werden.

Anmerkung 3. Bei Angabe des Umsatzes sind Waren, welche nicht Schuhwaren im Sinne dieser Bekanntmachung sind, besonders anzugeben.

Gewerkschaftskonferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Die Konferenz tagte vom 20. bis 22. März in Berlin und nahm die Geschäfts- und Kassenberichte der Generalkommission sowie Berichte über die Ueberführung der Kriegsteilnehmer und über die Einberufung des nächsten Gewerkschaftskongresses entgegen. Dabei wurde auch die Ernährungsfrage besprochen und das ungelegene Auftreten des preußischen Landwirtschaftsministers Schorlemer im preußischen Abgeordnetenhaus gegen die Gewerkschaften entschieden zurückgewiesen. Die bezügliche Resolution lautet:

„Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß sie von dem preußischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des preußischen Landtages vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigungen ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erläutern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekennen, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre warnende Stimme. Die Arbeiterchaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reich wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.“

Sodann wurde den Teuerungszulagen für die Angestellten der Generalkommission, mit Ausnahme der Kinderzulagen, die Zustimmung erteilt. Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsangehörigen und Arbeitervertreter der Reichspolizei für den Vaterländischen Hilfsdienst unterliegen. Es soll bei den Feststellungsausschüssen auf die Anerkennung der Gewerkschaften als kriegswichtige Organisationen hingewirkt werden.

Bei der Beratung der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft wurde die Forderung aufgestellt, daß nach Kriegsende alle Heeresangehörigen, soweit sie nicht noch aus militärischen Gründen zurückgehalten werden, in ihre Heimat entlassen und im Falle anfänglicher Arbeitslosigkeit unterstützt werden müssen. Die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüsse und Schlichtungsstellen sollen in die Uebergangswirtschaft übernommen und sodann gewerbliche Arbeitervertretungen (Kammern) geschaffen werden.

Den von Essen ausgehenden Berichten, die Kriegsbeschädigten gefordert zu organisieren und sogar in Zentralverbänden zusammenzufassen, soll mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.

Der in diesem Jahre fällige ordentliche Gewerkschaftskongress soll bis nach dem Kriege vertagt werden.

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaftliche Vertreter im Kriegsrat, Schlichte, eine Darstellung über sein Wirken in diesem neuen Arbeitskreis und über die Möglichkeit, das Interesse der Arbeiterchaft wahrzunehmen. Es sei manchmal recht schwierig, mit den vielen Reforts im Kriegsrat über einzelne Fragen ins Reine zu kommen, noch schwieriger aber, das Ergebnis vor den Ansetzungen anderer Regierungstellen zu bewahren, da das Kriegsrat nur in den wenigsten Fällen seine Entscheidungen endgültig treffen könne.

Die Errichtung von Arbeiterausschüssen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes.

Ueber die Bedingungen, wie die Wahlen erfolgen, hat der Vorstand in Nr. 9 und 10 des Fachblattes berichtet und wir machen unsere Kollegen erneut auf jene Bekanntmachung und erste Beilage aufmerksam.

Es ist wohl überflüssig, darauf hinzuweisen, welche Bedeutung diese Ausschüsse für die Arbeiter haben und könnte sträflicher Leichtsinns bei den Wahlen sich bitter rächen. Es ist notwendig, zuverlässige Kollegen, die ernst und gewissenhaft die Interessen ihrer Kollegen und Kolleginnen wahrzunehmen fähig und entschlossen sind, damit zu betrauen.

Jetzt gibt auch der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten die Bestimmungen zur Errichtung der Ausschüsse bekannt. Da die näheren Bestimmungen über die Wahlen durch die Bundesstaaten erlassen werden, fordert der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten seine Mitglieder auf, an maßgebenden Stellen ihres Bezirkes Erkundigungen einzuschicken. Die gleiche Mahnung richten natürlich auch wir an unsere Kollegen.

Ganz besonders ersuchen wir die Bekanntmachungen des Vorstandes über diese Materie in Nr. 9 und 10 des Fachblattes noch einmal zur Hand zu nehmen und zu studieren.

Sozialpolitik im Reichstage.

Der Etat des Reichsamts des Innern hat im Reichstage wie in der guten alten Zeit des Friedens eine sozialpolitische Debatte ausgelöst, die freilich, wie alles in dieser Zeit, auch zum Teil zu einer Kriegs-Debatte wurde.

Die Debatte setzte bei der Forderung eines gemeinen Unterstaatssekretärs für das Reichsamt des Innern ein, die von keiner Seite bekämpft wurde, um die sich aber trotzdem die sozialpolitischen Reden gruppierten. Das wäre auch der Fall gewesen, wenn es sich um einen beliebigen andern Etatstitel des Reichsamts des Innern gehandelt hätte.

Von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen waren dazu mehrere Resolutionen beantragt worden. Die alte Fraktion beantragte eine solche, die auf dem Verordnungswege die Arbeitszeit in den Bureaus der Rechtsanwält, Notare usw. um 6 Uhr abends beendigen und acht Stunden täglich nicht überschreiten lassen will. Für offene Verkaufsstellen soll der 7 Uhr-Abendsschluß angeordnet werden. Ferner sollen schleunigst neue für das ganze Reich gültige Arbeitsschutzvorschriften, bessere Unfallverhütungsanordnungen erlassen werden. Weiter wird der Reichstanzler ersucht, die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik erheblich zu vermehren und für sozialpolitische Feststellungen und sonstige für die Verbesserung des Arbeiterstandes im Kriege dringend notwendige Arbeiten heranzuziehen. Schließlich wird noch eine Verordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 verlangt, durch die als Kriegsmaßnahme die auf Grund der Gesetzes über die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung gezahlte Rente um 50 Prozent erhöht werden, und die Unfallrenten nach einem Jahresarbeitslohnwert umgerechnet werden, der sich nach dem am 31. Dezember 1916 geltenden Christofhahnen ergibt; auch wird noch gewünscht, zu den Unfallrenten einen Zuschlag zu bezahlen.

Die Arbeitsgemeinschaft verlangte schleunige Aufhebung des Gesetzes vom 4. August 1914, durch das die Möglichkeit beiderseitigen und jugendliche Personen gegeben ist. Ferner eine Änderung des Gesetzes über die Unterstützung der Kriegserkrankten, wonach die Gemeinden zu Zuschüssen in Höhe von mindestens 50 Prozent verpflichtet werden, wonach ferner den Gemeinden die Rückzahlung der bis zum 1. Oktober 1916 geleisteten Unterstützungen des Invaliden zum 1. Juli 1917 zugesichert wird, und wonach schließlich nach der Entziehung der Unterstützung für den Fall, daß der Kriegsteilnehmer zu Gefängnisstrafe von mehr als 6 Monaten verurteilt wird, befristet wird.

Der erste sozialdemokratische Redner, Hoch, schilderte die große Not in weiten Kreisen des Volkes und die Bedeutungslosigkeit der gesetzlichen Arbeiterduldungsbestimmungen, deren Anwendung zur Ausnahme geworden ist. Er konstatierte, daß der Klassenkampf auch nach dem Kriege fortbauern werde in dem alle Arbeiter zusammenfassen müssen. Bismarck stellt fest, daß auch die Gewerbeaufsicht so gut wie aufgehoben ist. Die Zunahme der Unfälle hat einen Ruuderschlag des Reichsversicherungsamts zur Folge gehabt, wonach Frauen, Jugendliche und Kriegsinvaliden nur an weniger gefährlichen Maschinen beschäftigt werden sollen. Aber darüber steht jetzt Kontrolle. Wer entscheidet, ob eine Maschine gefährlich oder weniger gefährlich ist? Wir haben durch den furchtbaren Krieg schon hunderttausende unerschuldeter Invaliden. Daum muß die Gewerbeaufsicht erst recht ihr Hauptaugenmerk auf die Vermeidung von Betriebsunfällen richten. Zumal jetzt, wo das Hilfsdienstgesetz in Kraft gesetzt ist, von dem ja hauptsächlich die Arbeiter getroffen werden, denn die reichliche Nichtsteuer haben schon lange irgend einen Unterhalt gefunden. Wir beantragen daher, daß die bei Ausbruch des Krieges aufgehobenen Arbeiterduldungsbestimmungen wieder in Kraft gesetzt werden. In dichtbewohnten Gegenden bügeln keine feuergefährlichen Gegenstände angefertigt oder aufbewahrt werden. Ich erinnere an den Unglücksfall in Berlin, wo nur durch einen Zufall eine viel größere Explosion verhütet worden ist. Professorennen müssen wir dagegen, daß man jetzt die Kriegsertrauen unter Androhung des Entzugs der Unterstützung zur Arbeit zwingen will. Dr. Debruid hat früher auf eine Beschwerde der Sozialdemokratie ausgedrückt

Arbeitsgeräten, die Herren Heinrich und Scherst von den Arbeitnehmern. Den Vorkurs führte Herr Eckart.

Eine Anzahl Gegenstände, für die im Reichstarif keine Arbeitslöhne vorgesehen sind, waren die Urlassen von Differenzen. Die Schlichtungskommission kann nur Vorbehaltslöhne vereinbaren. Unter Zustimmung der Arbeitnehmenden wurde beschlossen, daß für die nachstehenden Gegenstände vorbehaltlich der Zustimmung der Zentral-Kommission zu zahlen sind:

1. Sanitätskassette für Berittene, auschl. Riemen, Handarbeit (Maschinennäht; zwei Gelenkstücke, Deckel an das Innenteil annähren, Stoffstück, Handnaht und Krampfenlöcher)	3,-	20 Prozent
2. Gürtel zur Sanitätskassette	0,12	20
3. Tragegurt zur Sanitätskassette	0,30	20
4. Kartentafel für Generalstab, auschl. Riemen	1,10	20
5. Statthalter aus einfachem Leder, nur Rinnlöcher doppelt, dieser jedoch vollständig mit Maschine genäht	1,-	10
6. Verlängerung der Drillingskörbe Nr. 22 des Reichstarifs) auschl. Fäden, Abmontieren	0,07	
Deckel befestigen auschl. Löcher bohren	0,25	
30 Drahtknebel einziehen (Draht muß geschnitten sein)	0,50	
7. Flaidenciemer neuester Art	0,10	

Bei Nr. 6 und 7 sind die Kriegszuschläge eingerechnet nur die Feuerungszulage nach Nachtrag 9 ist noch zu zahlen

Vom Kriegsozialismus.

Der „große Krieg“, der nun schon fast drei Jahre dauert und die Völker in biologischer wie in wirtschaftlicher Beziehung schwer schädigt, hat auf wirtschaftlichem Gebiete weitgehende Eingriffe der Staatsmacht und ihrer Unterorganisationen gebracht, wie Preisfestsetzungen, Rationierung von Lebensmitteln und anderen Gebrauchsgegenständen, Regelung der Produktion großer Betriebe, Ausdehnung der Eigenproduktion des Staates und der Gemeinden usw. Man hat diese Eingriffe der öffentlichen Gewalt gewöhnlich als „Kriegsozialismus“ bezeichnet, was jedoch nicht richtig ist. Alle die wirtschaftlichen Maßnahmen und Einrichtungen, die unter dem Einfluß des Krieges ins Leben getreten sind, haben kritisch betrachtet, mit dem Sozialismus im eigentlichen Sinn des Wortes recht wenig zu tun; an welche Form des Sozialismus man auch denken mag, als dessen Extreme man den konterrevolutionären Staatssozialismus und den kommunistischen Anarchismus betrachten kann. Selbst die weiteste Ausdehnung des Begriffs Sozialismus ist nicht weit genug, um auch für den modernen „Kriegsozialismus“ Raum zu lassen. Der letztere geht zwar mit seinen schon zahllosen und täglich sich immer noch vermehrenden Detrelen darauf aus, das volkswirtschaftliche Leben, d. h. Handel, Verkehr, Konsumtion und Produktion zu regeln, aber diese Regelung ist weder internistisch noch dauernd, sondern unprovisoriell, von momentanen Bedürfnissen und Notwendigkeiten veranlaßt und auch nur für die beschränkte Dauer des Krieges gedacht. Freilich glauben und wünschen nicht wenige Sozialpolitiker und Sozialisten, daß man sich der jetzt unter dem Druck des Krieges geschaffenen Einrichtungen in die Friedenszeit hinübergerettet werden und bestehen bleiben, und die Möglichkeit, daß es geschieht, ist ja nicht von vornherein ausgeschlossen, wenngleich nicht wahrscheinlich. Dennoch würden diese „kriegsozialistischen“ Einrichtungen des wirtschaftsozialistischen Charakters entstehen, weil die Idee und der Wille, wodurch sie geschaffen wurden, nicht war, die Interessen aller Angehörigen des Gemeinwells gleichmäßig zu fördern, sondern Staat und Volk zu befähigen, den Krieg zu führen und ihn möglichst lange auszuhalten. Die Wurzel des Kriegsozialismus liegt in dem Willen der Regierungen „durchzuhalten“, er entpringt der Idee, daß alle wirtschaftlichen Verhältnisse dem militärischen Zweck anzupassen und dem Bestreben, eine möglichst formidable Kriegsmaschinerie zur Verfügung zu haben, untergeordnet seien. Es handelt sich also beim Kriegsozialismus nicht um eine bewußte und gemollte Sozialisierung der Volkswirtschaft, sondern um ihre Wartung. Das ist etwas ganz anderes, als was die arbeitenden Klassen mit ihrem Sozialismus anstreben und zu verwirklichen trachten. Diese wollen die Vorrechte der Geburt und des Besitzes beseitigen und auf demokratischer Grundlage das wirtschaftliche Leben ordnen, um die Ungerechtigkeiten des bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustandes zu beseitigen; vor allem um dem Schicksal von „Mehrwert“ ein Ende zu bereiten, denn der Mehrwert oder Unternehmergeinn ist der mächtigste Faktor der Klassenherrschaft. Die Staaten und ihre Regierungen denken natürlich, besonders während der Kriegszeit, gar nicht an die Lösung derartigen Probleme, und können auch nicht daran denken, sondern ihnen ist es einzig darum zu tun, die Volkswirtschaft so zu gestalten, daß sie eine möglichst wirksame Kriegführung ermöglicht. Schon dieses ganz anders geartete Motiv zeigt deutlich, daß aus den kommunistischen Jüngen in der Rhönregion der modernen Kriegswirtschaft nicht auf eine Entlohnung an Stelle des kapitalistischen Sozialismus geschlossen werden darf, sondern daß sie in der Durchbringung des Volkes mit militaristischem Geist ihre Ursache haben. Dieser

hat zu allen Zeiten, wie die Geschichte lehrt, gemeinschaftliche Einrichtungen entstehen lassen.

Für die Gegenwart und nächste Zukunft ist kaum zu erwarten, daß der Kriegsozialismus den Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für die Schaffung von dauernden sozialistischen Einrichtungen und Wirtschaftsorganisationen abgeben wird. Die Einrichtungen, die das Volk mit den Institutionen des Kriegsozialismus allenthalben macht, hat die anfänglich dafür in weiten Kreisen vorhandene Begeisterung schon ganz bedeutend abgekühlt, und wenn erst einmal wieder Friede sein wird, so dürfte alle Welt herzlich froh darüber sein, daß man die unzähligen Kriegsverordnungen außer Kraft setzen kann. Man wird den Kriegsozialismus schwerlich als eine angenehme und erhaltenswerte Sache in freundlicher Erinnerung behalten, sondern seine Nachwirkung wird darin bestehen, daß sich auch in den bisher für den Sozialismus eingewonnenen Volksteilen die Ueberzeugung befestigen wird, daß jeder vom Staat geschaffene Apparat zur Regulierung der Volkswirtschaft insbesondere der Lebensmittelversorgung, vielleicht in Kriegszeiten ein notwendiges Übel, aber niemals ein an sich erstrebenswertes sozialpolitisches Ideal sei. Es ist für die Erfahrungen, die das Volk heute in allen kriegführenden Staaten mit dem Kriegsozialismus gemacht hat, bezeichnend, daß sich schon jetzt, mitten im Krieg, Stimmen vernehmen lassen, welche die Beibehaltung des eingeführten Systems der Lebensmittelversorgung und die Rückkehr zum freien Handel und Wandel verlangen, und offen die Meinung vertreten, die behördliche Regelung der Gütervermittlung zurecht an der Knappheit vieler Waren, dem Zugrundegehen großer wertvoller Betriebe und an dem raschen Steigen der Preise einen nicht geringen Teil der Schuld. Rag auch diese Kritik, die namentlich in Deutschland mit großer Schärfe eingeleitet hat und deren Wortführer der ehemalige Sozialist A. Calwer ist, in mancher Hinsicht über das Ziel hinausschießen; so steht doch wohl außer Frage, daß der Kriegsozialismus unter seinen Umständen als wirtschaftlicher Fortschritt gelten kann. Wie der Krieg selbst sich sozialistisch als ein Rückfall im politischen Völkerverhalten qualifiziert, so ist auch der Kriegsozialismus ein Rückfall in längst überwundene Anschauungen und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik. Richtiger, als von Kriegsozialismus, würde man wohl von Kriegsmertantilismus sprechen, denn es ist darin der Geist der obrigkeitlichen Bevormundung und des autoritären Zwanges wieder lebendig geworden, wie er für die merkantilistische Wirtschaftspolitik bezeichnend war.

Der Krieg hat uns wirtschafts- und sozialpolitisch nicht vorwärts gebracht; er hat uns in Wirklichkeit hinter die schon erreichte Stufe der Entwicklung unserer Volkswirtschaft zurückgeworfen. Das zeigt auch die Tatsache, daß große Teile der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, außer Kraft gesetzt werden mußten. Die Arbeitszeit ist vielfach verlängert worden, die gewerbliche Arbeit der Frauen und auch der jugendlichen Arbeiter hat Dimensionen angenommen, die man früher für undenkbar hielt. Es wird nach dem Kriege großer Anstrengungen bedürfen, um allmählich die vor seinem Ausbruch in Kraft befindlichen Arbeiterschutzesbestimmungen wieder in Anwendung zu bringen und die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen so zu gestalten, daß sie den früheren einigermaßen gleichkommen.

Aus unserem Beruf.

Der Kreislauf des Geldes. Die Unternehmer der Schuh- und Lederindustrie beteiligen sich wieder hervorragend an der Zeichnung auf die letzte deutsche Kriegsanleihe. So markiert Lad in Burg mit 1 Million Mark auf, Orendorf in Breslau mit 200 000 Mark, die Schuhfabrikanten Bekenderger in Frankfurt a. M. und Berlin mit 300 000 Mark, Leberfabrik Mayer u. Sohn in Offenbach mit 1 1/2 Millionen zu früheren 9 1/2 Millionen Mark bzw. Lindheimer, Hautbehandlung in Frankfurt a. M. mit 1 1/2 Mill., Wadener Lederfabrik mit 1 Million Mark usw. Man denkt dabei unwillkürlich an das Margjide „Kapital“, wie es den Kreislauf des Geldes schildert. Auf den Kriegszustand angewandt heißt diese Theorie heute: Kriegsanleihe—Munition—Gewinn—Kriegsanleihe usw. Zurück bleibt die enorme Bereicherung der Privatkapitalisten und der erschreckende Milliardenschuldensstand des Volkes.

Die Einkaufsgenossenschaften der deutschen Schuhhändler. Die in Eisenach erdrierte Einkaufsgenossenschaft kaufte im Jahre 1916 für 4 296 000 Mark Schuhwaren gegen 3 680 000 Mark in 1915 und 3 450 000 Mark in 1914, jedoch da von keinem Mangel an Schuhwaren geredet werden kann. Die Geschäftsstelle machte über die Spesen und Unkosten hinaus einen Reingewinn von 72 521 Mark (1915: 66 928 Mark, 1914: 60 123 Mark), die die Mitglieder der Genossenschaft erhielten. — Die zweite Einkaufsgenossenschaft der Schuhhändler, die „Salvator“ in Karlsruhe, konnte 1916 einen Umsatz von 2 1/2 Millionen Mark erzielen. Auch diese Gesellschaft hatte demnach genügende Schuhe zur Verfügung.

Berliner Schuhmacher als Lederwacher. Schuhmacher können Leder nur auf Bezugsscheine an den bestimmten Stellen erhalten. Trotzdem kam es in der letzten Zeit vor, daß Weibern in den verchiedenen Stadtvierteln Leder unter der Hand zu sehr hohen Preisen angeboten wurde. Es ergab sich, daß das Leder mit gefälschten Bezugsscheinen erworben worden war. Zwei Häuflein solcher Scheine hatten sich mit Schuhmachern in Verbindung gesetzt und auch zwei von ihnen zur Ausnutzung der Fälschungen gewonnen. Die Scheine waren auf irgendwelche erdichtete Namen ausgefüllt. Die Schuhmacher verhafteten sich darauf von der

Berücksichtigung des Leder und trafen damit einen Überhand. Sowohl die Wacherer als auch die Fälscher wurden verhaftet.

Zu 8000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde in zweiter Instanz der Schuhfabrikant Neuwaldt in Köln, weil er schuldig geachtet Leder zu Sohlen verwendet hatte. In der ersten Instanz war er zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Schade, daß die 3 Monate Gefängnis wurden, die Geldstrafe hätte neben diesen auf 8000 Mark werden können.

Schuhwaren im Werte von 30 000 Mark untergeschlagen hat ein Berliner Expeditionskassier. Mit der Ungenauigkeit eines großen Geistes führte er die Listen mit den Schuhen an einen anderen als den bestimmten rechten Ort, wo offenbar die Dealer schon darauf lauerten. Es ist kein Krieg!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 9. April bis 15. April der 15. Wochenbeitrag fällig ist.

Nachfolgend verzeichnetes Mitgliedsbuch und Karte wurden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:

- Rudolf Döbelmann, B.-Nr. 15218, eingetreten am 21. September 1906 in Cannstatt.
- Emma Lauenroth (Karte), eingetreten am 14. April 1916 in Burg.
- Liese Jersch (Karte), eingetreten am 15. Mai 1916 in Burg.

München, den 7. April 1917.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Gangerhausen. Die Adresse des 1. Bevollmächtigten Angel Winter ist seit dem 1. April Bogtstraße 9.

Literarisches.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 7 des 22. Jahrgangs enthält: Die Neubelebung des Güterverkehrs und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Von Gewerbebericht Dr. Lieb. Rechtsfragen aus dem Hüftendienst. Von Gewerbebericht Stadtamtmann Dr. Auerwald. a) Verwaltungsfreierlicher Vor- und Endbescheid nach dem vaterländischen Hüftendienstgesetz und der Ausführungsvorordnung dazu vom 30. Januar 1917. b) Ständigkeit für Schadenersatzansprüche wegen Vorenthaltung des Abfahrtscheins. — R e d a k t i o n: Deutsche Gerichte, Hamburg. — Deutsches Kaufmanns- und Berufsgericht (Charlottenburg, Stadtbezirk Stettin u. Stettin).

(ca. 170 Abbildungen)
Neuer Katalog über **Schuhmacher-Werkzeuge**
 — Versand gratis und franco. —
 E. Wägle, Berlin, Postingerstraße 83.

Die Arterienverkalkung und ihre Folgen, Röhmannen, Schlagfluß, Wess, Verhütung und Behandlung von Dr. Euda. Wertvolle Ratsschläge und die Mittel zur Verhütung. Preis nur Mark 1.80 per Nachnahme von Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Südende 57.

Handstanzmesser
 Größe I 7,50 Mark. — II 7,00 Mark. — III 6,00 Mark.
 Theo Bruner, Merseburg b. Gollingen.

Schuhmacher-Werkzeuge
 kauft man bei
Wilh. Schätzle, Röllnau (Baden).
 Neue illustrierte Preisliste gratis.

Anzeigen finden im „Schuhmacherfachblatt“ weiteste Verbreitung!

nach ihm der Reichstag in günstiger Weise gefaßt soll.

So sehen wir denn der nützeren Tätigkeit des Reichstages in dieser Frage mit großem Interesse entgegen. Zu wünschen ist, daß schnell gearbeitet wird, so daß noch in dieser Session das Vorhaben seine Gestalt gewinnt. Blicke es nur der Veranlassung, täme noch kein Gesetz, dann ist ein weiteres Jahr verstrichen, und die Gefahr wird größer, die Verhältnisse werden schlimmer.

Es ist schwer zu begreifen, warum der Reichstag in den Kriegsjahren so kurze Zeit zur Tagung zusammengehalten wird. Es liegen eine ganze Menge von Fragen vor, die der Lösung harren und wohl oder übel gelöst werden müssen. Jede Verschiebung bedeutet Vermehrung der Verwirrung und der Gefahr. Man soll nun nicht glauben, daß mit der Beschlebung der Fortschritt dauernd aufgehoben wird. Mit elementarer Wucht wird er sich trotz aller Hindernisse Geltung verschaffen, nur daß dann für das Wohl der Allgemeinheit viel verlorren werden ist. Wen daran die Schuld trifft, der wird sich dann über die Folgen nicht beklagen dürfen.

Vom eins. Wo Frauen begreifen, was für sie auf dem Spiele steht, werden sie mit aller Kraft für ihre speziellen Interessen, die freilich auch mit den Interessen der Allgemeinheit übereinstimmen, heftig tätig eingreifen. Sie sind nun nach den Ereignissen in dieser Kriegszeit berufen, eine bedeutendere Rolle im öffentlichen Leben zu spielen, als vorher. Mögen sie das ausüben, damit ihre soziale Lage der Zeit entsprechend weit über ihre frühere gehoben wird. Mit den Männern gemeinsam müssen sie dahin streben, der Gesetzgebung abzurufen, was als ein einfaches Gebot der Menschlichkeit erscheint. (Tabatarbeiterzeitg.)

Frauenkrankheiten.

Von Frau Dr. med. Stoboy-Ostereger.

(Fortsetzung.)

Periodenstörungen.

Ein Uebel, an dem junge Mädchen oft leiden, sind Periodenstörungen. Entweder wird die Menstruation sehr unregelmäßig, bleibt monatelang aus, oder sie tritt zu allgemeinem Uebelbefinden, Kopfschmerz, Müdigkeit, Appetitlosigkeit, Stuhloberstörung und andere Beschwerden vorhanden sind. Oder die Periode tritt alle 2 bis 3 Wochen ein, dauert lange und ist von starken Blutverlusten begleitet. Es ist klar, daß letztere den jugendlichen Körper schwächen und ihn für andere Krankheiten anfällig machen.

Vorgeschädigungen der Gebärmutter und zwar Knidungen und Entzündungen, sind schon im Jugendalter nicht selten, ebenso Entzündungen der Gebärmutter und der Eierstöcke. Sie führen insofern zu starken Blutverlusten und frühem Eintritt der Regel als auch zu Schmerzen und Krämpfen. Das Ausbleiben der Periode ist meistens durch Blutarmut bedingt, seltener durch mangelhafte Ausbildung der Geschlechtsorgane. Außerdem haben blutarme Mädchen die Regel oft sehr spät.

Die Schmerzen und Krämpfe können ferner herkommen von einer Erkrankung des Gebärmuttermuskels. Wir alle kennen die schmerzhaften Affektionen der Muskeln und Nerven unseres Körpers, die man rheumatische nennt. Ein solcher Rheumatismus kann auch die Gebärmuttermuskeln und -nerven befallen.

Die Behandlung dieser Leiden ist teils lokal, teils allgemein, ihr Ursprung im großen und ganzen ebenfalls in der ungesunden Lebensweise der jungen Mädchen zu suchen. Bessere ist in erster Linie zu berücksichtigen und nach Möglichkeit zu bessern.

Da das lange Ausbleiben der Regel wie auch starke Blutungen häufig auf Blutarmut zurückzuführen sind, so kommen also gegen sie Maßnahmen in Betracht, die gegen das letztere

Leiden gerichtet sind. So Aufenthalt in frischer Luft, ausgiebige Bewegung durch Gehen, Laufen, Sport und Gymnastik, Bäder, namentlich heiße Bäder und Schwitzprozeduren, 1 bis 2 wöchentlich, tägliche Abwaschungen, Sonnen- und Luftbäder, Atemgymnastik. Die Kost soll aus Obst, Gemüse, Weizenbrot bestehen, wenig Fleisch und Eier enthalten (entgegen der landläufigen Ansicht). Die Stuhloberstörung soll besonders berücksichtigt und durch Diät, eventuell Bauheilmittel und Stuhlziele bekämpft werden.

Vorgeschädigungen der Gebärmutter können nur durch den Arzt festgestellt werden, ebenso muß ihm die notwendige lokale Behandlung erfolgen. Wir können jedoch auch hierbei den Zustand des Leibes sehr besser durch Beeinflussung des allgemeinen Körperzustandes, durch Bäder, Waschungen, Aufenthalt in frischer Luft, Sorge für Stuhlgang durch Bewegung, Regelung der Kost usw.

Der Gebärmutterrheumatismus ist zu behandeln wie andere rheumatische Erkrankungen, und zwar durch warme Bäder, Schwitz- und Moorbäder, Massage und möglichst reizlose Kost. Das rheumatische Gift hat seinen Sitz im Blute und in den Geweben und muß durch Allgemeinbehandlung aus dem Körper entfernt werden. Die lokale Behandlung der Geschlechtsorgane ohne Berücksichtigung des Allgemeinbefindens ist zwecklos. Hingegen kann eine Allgemeinbehandlung des ganzen Körpers lokale Eingriffe überflüssig machen. Das ist besonders bei jungen Mädchen wichtig, weil für diese alle Manipulationen an den Geschlechtsorganen schmerzhaft sind, das Nervensystem ungünstig beeinflussen.

Geschwülste.

Die Gebärmutter und die Eierstöcke können auch Ausgangspunkt und Sitz von Geschwülsten sein. Diese befallen nicht nur verheiratete und mit Kindern gesegnete Frauen, sondern auch Mädchen, die nie Geschlechtsverkehr hatten, und kindertote Frauen.

Die Geschwülste sind sehr verschieden in der Größe; es gibt nuß-, apfel-, kindskopfgroße, und sie können daher auch Schwangerschaftstadien verschiedener Monate vortäuschen. Ihrer Natur nach unterscheiden wir gutartige und bösartige Geschwülste.

Die gutartigen Geschwülste haben ihren Namen davon, daß sie an sich das Leben nicht bedrohen, sie wachsen auch ziemlich langsam. Sie können aber dennoch gefährlich werden, wenn sie so liegen, daß sie auf andere Organe, zum Beispiel auf die Blase einen Druck ausüben und die Urinentleerung hindern, oder wenn sie auf große Nerven drücken und unverschiebliche Schmerzen verursachen. Manche Geschwülste, die sogenannten Myome, können auch zu starken Blutverlusten führen und dadurch mittelbar die Gesundheit und das Leben gefährden. Je nach den Erscheinungen, die sie bewirken, wird man also die gutartigen Geschwülste befallen oder sie operativ entfernen. Neuerdings versucht man die Myome mit Moxenstrahlen zu behandeln, und das mit gutem Erfolg.

Die bösartigen Geschwülste wachsen sehr schnell und können schon innerhalb eines Jahres zum Tode führen, wenn sie nicht durch eine Operation beseitigt werden. Es ist äußerst wichtig, daß diese Geschwülste möglichst frühzeitig erkannt werden, denn nur im Anfangsstadium sind die Aussichten einer Operation günstig. Wenn die bösartigen Neubildungen länger bestehen, so verdrängen sie mit den benachbarten Organen, sie greifen auf die Drüsen über, und ihre Kerne werden sogar mit dem Blut- und Lymphstrom in entfernte Körperteile verschleppt. Ist es so weit gekommen, so ist die Kranke unheilbar verloren. Leider bekommt der Arzt nicht allzu selten sehr weit fortgeschrittene Fälle bösartiger Geschwülste zu sehen, weil die Frauen sich gewöhnlich lange gegen eine ärztliche innere Untersuchung sträuben. Wir hoffen, daß diese Scheu durch das Medizinstudium von Frauen und die dadurch gegebene Möglichkeit, sich von einer

Geschlechtsgefäß untersuchen zu lassen, vermindert wird, so daß jede Leidende bei verdächtigen Erscheinungen sofort ärztliche Hilfe ansucht. Das Heilmittliche an den bösartigen Geschwülsten ist, daß sie häufig lange ohne auffällende Erscheinungen verlaufen, namentlich im Anfang keine Schmerzen verursachen. Den Ausfluß, der sich oft schon frühzeitig einstellt, oder vermehrte Blutungen beachten die Frauen lange nicht, oft so lange nicht, bis es zu spät für jegliche Hilfe ist und sie elend zugrunde gehen müssen.

Die gutartigen Geschwülste kommen im allgemeinen mehr im jugendlichen, die bösartigen im vorgeschrittenen Alter vor. Die lokale Lage ist auch hier von Einfluß. Die gutartigen Neubildungen befallen mehr wohlhabende, gutgenährte, namentlich kindertote Frauen, die bösartigen die herabgekommene, abgearbeitete, kinderreichen Proletarierinnen. Über die Ursachen der Geschwülstbildungen ist man noch nicht ganz im Klaren. Jedenfalls bereitet auch ihnen unsere ungesunde Lebensweise den Boden vor. Eine vernünftige gesundheitliche Lebensweise wird wohl ebenso vor Geschwülsten wie vor anderen Krankheiten schützen.

Bei irgendwelchen außergewöhnlichen Erscheinungen an den Unterleibsorganen, bei vermehrtem Ausfluß, stärkeren Blutungen, Blasenbeschwerden, Stuhloberstörung, Schwindel, müssen die Frauen auch an die Möglichkeit einer Geschwülstbildung denken und sofort zum Arzt gehen. Bei gutartigen Geschwülsten, die klein sind, nicht unartig liegen, die keine Drüsenentzündungen hervorrufen, keine starken Blutungen verursachen, wird sich die Operation vermeiden und durch Bäder, vernünftige Kost, Sorge für Stuhlgang ein erträgliches Dasein erreichen lassen. Natürlich kann nur eine eingehende ärztliche Untersuchung entscheiden, ob eine Geschwülst gutartig oder bösartig ist. Eine bösartige Geschwülst muß durch das Messer entfernt werden, und das möglichst früh. Denn sonst sind die Aussichten der Operation ungünstig, sie ist entweder unausführbar oder von baldigen Rückfällen begleitet. Deshalb nicht zu lange warten!

(Fortsetzung folgt.)

Im Lazarettgarten.

Goldes bricht der Tag herein
Wacht die kranken Glieder,
Und der warme Sonnenschein
Grüßt uns alle wieder.

Wie sie krank und elend sind
Haben seltsam Freude,
Blut, das durch die Adern rinnt
Hoffnung noch bedeute.

Langsam schreitet hin der Tag
Für uns junge Leben,
Sonnenschein es nur vermag
Lust in uns zu heben.

Nabe war uns schon der Tod
Dachten nicht ans Sterben,
Wurden wieder wach und rot
Trotz dem Schmerz, dem Berben.

Sonnenschein, du strahlend Glück
Weiter wir nichts haben,
Wend' das herbe Mißgeschick
Von Kampf und Schicksalgraben.

Seitshain, den 25. März 1917.

Paul Wegener.

Martha Stein.

Von Otto Spannauß (Erfurt-Nord).

(Schluß.)

Anderen Tag die Martha Stein wieder denselben Weg, aber zur späteren Stunde. Sie mochte nicht, daß sie wieder von ihren Arbeitskolleginnen gesehen wurde. Allerlei Hänfelleien hatten sie ihr gelehrt in der Fabrik im Vorbeigehen gesagt, vonwegen dem stolzen Reiter. Es kam ihr auch vor, als sei der Abend noch einmal so schön, weil es ruhiger war, als wenn all die lachenden Menschen hier lustwanderten. Einmal und noch verträumter war die Stimmung heute abend. Deshalb erschrak sie auch leicht, als sie jemand anredete. Sie erkannte den vornehmen Herrn von vorigen Abend. Er sagte ihr noch einmal Dankesworte für die Freundlichkeit, die sie ihm erwiesen und bat, sie ein Stückchen begleiten zu dürfen. Martha Stein war ganz verlegen geworden. Ihr Gesicht wurde rot bis an die Haarwurzeln. Sie in Begleitung eines so vornehmen Herrn, wenn nur jetzt niemand käme und sie in ihrer hilflosen Verlegenheit sahe. Ernst Wegener mußte lange bitten, ehe ein schüchternes, leises Ja, Mittel von ihren Lippen kam. Wie erzählte er ihr von der großen Stadt, wo seine Eltern wohnten, wo herrlich die große Fremdenstadt seien, wie kleiner als hier der alte Stadtpark, und viele Theater und Konzerte. Martha Stein hörte still zu und ihre Augen leuchteten.

Als sie sich am Treppentor verabschiedeten, haute er ihr die Hand gedrückt. Wieder war sie ganz rot geworden und hatte ihn mit ihren braunen Augen, die diesmal tiefdunkel leuchteten, verworren angesehen.

Martha Stein hatt' sich zur Ruhe begeben. Ihr kleines

einziges Kammerchen kam ihr heute gar nicht so armieck vor, wie es sonst immer war. Die Sterne leuchteten wie keine Hofmützen durch das Fensterchen. Ihre Augen blickten traurig hinaus. Ein seltsames Lächeln lag um die Mundwinkel. — „Allo gab es doch noch Sonne im Leben, Sonne auch für sie. Lebensonne! nach der ihr junges Herz so dürstete. Sie hote ihren Arm um das zusammengeworfene Kissen geschlungen, die Wangen fest daraufgelegt und war eingeschlafen.

In den späten Abendstunden herrschte den ganzen Sommer hindurch unter den Kastanien am Stadtpark eine traumatische Ruhe, die nur ab und zu von dem scheuen Piepen eines Vogels unterbrochen wurde, der sich in seinem Nestchen zur Ruhe lang. Die großen dunklen Kastanien hatten das ganze aufblühende Glück der Martha Stein gesehen, bis sie eines Abends nicht wieder kam.

Kling, kling, kling, fielen wieder die kleinen Metallplättchen in den Kasten, und klack, klack, klack antwortete wieder die Stanze. Die Sonnenstrahlen huschten wieder über das Rostenwirrwarr und glänzten auf den blanken Maschinenteilen. Martha Stein bewegte mechanisch die Hand und zog die Plättchen aus der Stanze heraus, während über ihre Wangen ein Paar große Tränen langsam in ihren Schoß rollten. Star und ohne Klang blühten ihre Augen auf die fallenden Plättchen. Ihr Hirn durchdrachten tausend quälende Gedanken. An den Schöpfen bramate es ihr wie Feuer. Ein würdevolles Gefühl schmerzte ihr die Kehle zu, sie hätte laut aufschreien mögen.

Allo war aller aus, kurze Zeit hatte sie die Sonne gespürt. Hinnauf auf die Höhe des Lebens hatte sie ihre Liebe geführt. Glücklich und leuchtend war ihr alles erschienen. Grundtiefe lag man des Lebens größter Schmerz vor ihr.

Fortwährend rufen vor ihren brennenden Augen die Bilder des gestrigen Abends vorüber. Die staubigen, kalten Augen Ernst Wegeners sah sie immer wieder vor sich. Die Worte: Standesunterschied, gesellschaftliche Stellung, Benachteiligungen gegen die Eltern, klangen ihr fortwährend in die Ohren und wie Hammerschläge zuckte ihr ein widerlicher Schmerz gegen das Hirn. Von sich gestoßen hatte sie Ernst Wegener, als sie den letzten verzweifelten Versuch gemacht hatte, ihn umzustimmen. Als sie ihn mit Aufbietung ihrer ganzen hilflosen Sinne an seine Pflichten erinnerte, hörte sie ihn nur noch die Worte sagen: Ich werde dir Geduld schenken —, dann war er verschwunden. Ohne noch ein Wort für ihren sie aufwühlenden Schmerz zu finden, war Martha Stein zusammengesunken. Als sie die Augen aufschlug, lag ihr ein fatter Schauer über den Körper. Schwankend, ohn Kraft, tastete sie sich heim.

Das helle Klirren der fallenden Plättchen und das dumpfe, kurze Klack, klack der Stanze hörte sie nur noch weit aus weiter, weiter ferne.

Da —, ein kurzer erstarrter Aufschrei, Martha Stein sank von ihrem Schemel. Dieses, rotes Blut tropfte von ihrer Stirn und vermischte sich mit dem Schmutz des Fußbodens. Das Klirren der Plättchen und das Klacken der Stanze, das sie drei lange Jahre jeden Tag gehört hatte, war verstummt. Körperlicher und seelischer Schmerz haben ihr Leben vernichtet. Acht Tage nach dem Unglücksfall zog man Martha Stein aus dem Städtchen. Jeder gefunden hand beraubt, in Verwesung über ihr Schicksal hatte sie in dem Leich Irden gesucht für ihr junges Herz, in das die Sehnsucht eingezogen war, die große Sehnsucht der Jugend.